Dienstag, 8. November 1921 • 69. Jahrgang Nr. 515

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt ULK

Abend-Ausgabe
Einzelnummer 20 Pf.

Der Stand der Mark

Einhundert Mark kosten in

		Letzter Kurs	Vorletzt. Kurs	Kurs v. 1.7.1914
New-York	Dollar	0,83	0,40½	23,81
Amsterdam	Fl.	0,37½	1,19	58,82
Kopenhagen	Kr.	2,00	2,80	88,88
Stockholm	Kr.	1,70	1,90	88,88
Christiania	Kr.	2,90	—	88,88
Zürich	Fr.	1,50	2,15½	125,—
Wien	Kr.	—,—	—,—	117,64
London	Sh.	1,51	—,—	100,00
Paris	Fr.	4,87	5,63	125,00
Rom	Lire	8,07	—,—	125,00

Lebensmittelpreise von heute

Heutige Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle.
Zufuhr in Fleisch ziemlich ausreichend.
Preise anziehend, besonders für Schweinefleisch.

Rindfleisch 12–15 M., o. Kn. 14–18 M., Kalbfleisch 12–18 M., Hammelfleisch 11–14 M., Schweinefleisch 18–22 M., Rückenfett u. Lissen 29–30 M., Schweineschmalz 26–28 M., Pferdefleisch 6 M., o. Kn. 9 M. das Pfund. — Aier 8,20–8,40 M. das Stück.

Kritisches zur Beamtenbesoldung.

Die ungenügenden unteren Gehälter.

Von

C. Delius, M. d. R.

Die letzte Teuerungsaktion für die Beamten, die rückwirkende Kraft vom 1. August hatte, konnte nur als eine Etappe zur durchgreifenden Neuregelung der Beamtenbesoldung betrachtet werden. Es war an sich ein Fehler, nicht schon damals die Frage grundsätzlich zu behandeln. Angesichts der wachsenden Teuerung durfte die Regierung nicht mehr ruhig zusehen, wie die deutsche Beamtenschaft weiter wirtschaftlich dem Abgrund zutrieb. Nur sehr schnelles Handeln konnte hier helfen. Von demokratischer Seite ist schon seit Monaten immer wieder mit Nachdruck auf die außerordentliche Notlage der Beamten hingewiesen worden. Die großen Massen der Beamten sind der Verzweiflung nahe. Vorräte für den Winter zu beschaffen, ist ihnen unmöglich, längst sind kleine Ersparnisse aufgezehrt. Da kann es nicht verwundern, wenn auch die Stimmung in Beamtenkreisen sich von Tag zu Tag verschlechtert, eine gewisse Gleichgültigkeit Platz zu greifen beginnt und die Extreme die Beamtenschaft zu unsinnigen Schritten verleiten wollen. Diesen Symptomen muß besondere Beachtung geschenkt werden.

Die Regierung schlägt bei der jetzigen Regelung andere Wege ein. Sie sieht ein, daß mit der Erhöhung der Teuerungszulagen jetzt die Neuregelung nicht vorgenommen werden kann. Es ist an sich auch kein erträglicher Zustand, daß die Teuerungszulagen fast ebensoviel ausmachen wie das feste Einkommen der Beamten (Grundgehalt und Ortszulage). Die Regierung unternimmt daher jetzt den Versuch, dieses ungesunde System abzubauen, indem sie den Teuerungszuschlag allgemein auf 20 Prozent für alle Besoldungsgruppen festsetzen will. Ein Unterschied innerhalb der einzelnen Ortsklassen soll nicht mehr gemacht werden. Damit wäre eine der tiefsten Quellen der Unzufriedenheit unter den Beamten verstopft, wenn nicht gleichzeitig die Beträge der Ortszulagen eine weitere Erhöhung zugunsten der oberen Ortsklassen erfahren würden. Die Vorschläge, die hier gemacht werden, verschärfen den früheren Zustand noch. Während bisher die Unterschiede zwischen den Ortsklassen A und E im Anfangs- und Endlohn 1000 Mark und 2800 Mark betrugen, sind sie auf 2000 Mark und 5000 Mark erhöht worden. Das macht mit dem 20prozentigen Teuerungszuschlag gegenüber der bisherigen Regelung im Endlohn eine Verschlechterung von 380 Mark aus. Die Unterschiede zwischen den Ortsklassen A und B, die bisher 400 Mark und 1000 Mark betrugen (ohne Teuerungszuschläge) sind auf 800 und 2000 Mark erhöht worden. Das setzt sich bei den übrigen Klassen fort, wo zwischen D und E Anfangs- und Endbetrag eine Steigerung von 200 und 500 Mark auf 400 und 1000 Mark erfahren haben. Das ist unerträglich! Zum hundertsten Male muß gesagt werden, daß die großen Unterschiede zwischen den einzelnen Ortsklassen völlig unberechtigt sind. Die Teuerungsverhältnisse liegen nicht so grundverschieden. Dieses System muß so schnell wie möglich beseitigt werden! Zurück zum früheren Wohnungsgeld! Hier ist allein ein gerechter Maßstab zu finden. Höchst bedauerlich bleibt aber, daß Mehrheitssozialisten, Zentrum und Volkspartei den Abbau von fünf auf drei Ortsklassen ablehnten. — Die einheitliche Gestaltung der Kinderzulagen auf 125 Mark (bis sechs Jahre), 200 Mark (14 Jahre) und 250 Mark (21 Jahre) ist zu begrüßen. Ueber die Höhe läßt sich streiten. Ich hätte höhere Sätze gewünscht. Bedauerlich bleibt nur, daß man nicht wieder die Beihilfen auch für die Kinder über 21 Jahre gewährt, die sich noch in der Ausbildung befinden. Hier werden viele Beamte recht hart getroffen.

Für die Verkürzung der Teuerungsbeträge soll Ersatz in der Erhöhung der Grundgehälter geschaffen werden. Diese Maßnahme ist folgerichtig und findet auch die Zustimmung der Organisationen. In der Nationalversammlung hat man leider die demokratischen Anträge auf höhere Grundgehälter abgelehnt. Schon lange stehen die Grundgehälter in keinem Verhältnis mehr zur allgemeinen Preissteigerung, sie sind aber auch nicht mehr die bestimmende Einnahmequelle des Beamten geblieben. Was die Regierung hier an Erhöhungen plant, ist gewiß sehr beachtlich. An der Steigerung der Beträge bleibt aber noch mancherlei auszusetzen. **Die Sätze für die unteren und einen Teil der mittleren Besoldungsgruppen sind zu niedrig festgesetzt. Die Unterschiede von Gruppe 9 ab sind gegenüber den vorhergehenden Gruppen zu groß.** (Zwischen 10 und 7 14 500, 13 und 10 gar 48 000 Mk., ohne Teuerungszuschlag). Der letztere Betrag läßt sich bei Beamten des gleichen Bildungsganges nicht rechtfertigen. Bei Festhaltung dieser Vorschläge würden die Gesamteinnahmen rund 60 000 Mark höher in Gruppe 13 sein. Daß die Bezüge der höheren Beamten gegenüber denen der unteren Beamten bisher nicht genügend erhöht waren, hat die demokratische Fraktion immer wieder betont. Das Mißverhältnis muß jetzt beseitigt werden. Aber so wie es nun geplant ist, geht es nicht. Vergessen darf doch nicht werden, daß die gleichmäßigen prozentualen Teuerungszuschläge von 20 Prozent die hohen Einnahmen unverhältnismäßig bevorzugen. In Gruppe 1 kommt in der Ortsklasse A ein Teuerungsbetrag von 2840 (einschließlich 20 Prozent von Ortszuschlag), in Gruppe 13 aber ein solcher von 17 600 Mark, also das Siebenfache, heraus. Selbst wenn man die ungleich höhere Steuerbelastung in Rechnung stellt, sind die Unterschiede zu groß. Die Gehaltsunterschiede würden vielleicht zur Not noch hinzunehmen sein, wenn die Teuerungsbeträge und Ortszulagen anders geregelt wären. Die für die Besoldung genannten Zahlen ergeben natürlich erst dann ein richtiges Bild, wenn die Steuerbeträge gegenübergestellt werden, die bekanntlich bis zu einem Gesamteinkommen von 24 000 Mark 10 Prozent betragen, dann bei den mittleren Beamten stark, bei den höheren Beamten sehr stark ansteigen. Von den veranschlagten Milliarden muß deshalb ein erheblicher Betrag als sichere Steuereinnahme in Rechnung gestellt werden. Die Anpassung der Bezüge der Ruhestandsbeamten und die Erhöhung der Diätarvergütung ist selbstverständlich.

Die Neuregelung kostet natürlich Milliarden, aber sie ist dringend nötig. Es wäre ganz falsch, hier am unrechten Platze zu sparen. Soll der Wiederaufbau Deutschlands gelingen, so ist dazu vor allen Dingen eine zuverlässige Beamtenschaft nötig. Versagt der Beamte, so sind die Milliardenverluste viel größer, als was jetzt aufgewendet werden muß. Freilich hat sich jeder denkende Mensch klar zu machen, daß mit diesen Teuerungsaktionen eine dauernde und durchgreifende Hilfe nicht gebracht werden kann. Wenn die Entente weiter in ihrer unsinnigen Vernichtungspolitik verharrt, muß Deutschland und mit ihm in erster Linie die Beamtenschaft zugrunde gehen. Dann nützt alle wohlwollende Besoldungspolitik nichts, die letzten Endes immer nur einen Notbehelf, und noch dazu einen sehr gefährlichen, darstellt, da er mangels realer Werte die Papiergeldflut vermehrt und das, was auf der einen Seite gegeben, auf der anderen wieder genommen wird. Doch alles dies darf uns nicht abhalten, jetzt schleunigst zu helfen!

Schnelldienst

Das neue preußische Kabinett tritt heute nachmittag um 3 Uhr zu einer Sitzung zusammen, um unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Braun über das Programm der neuen Regierung zu beraten, das am nächsten Donnerstag im Landtag zur Besprechung gelangen wird.

Im Quai d'Orsay ist durch Funkspruch Briands Antwort auf die russische Note eingetroffen.

Das Wirtschaftsministerium des Freistaates Thüringen wird eine Kartoffelbestandsaufnahme vornehmen. Es beabsichtigt, unter Umständen im Interesse der notleidenden Bevölkerung Kartoffelvorräte zu beschlagnahmen.

Infolge einer Erkrankung Kraffins ist die Besprechung mit Lloyd George auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Die Meldung des Belgrader „Novoje Wremja", daß Trotzki zu einem neugegründeten Großbetrieb aus seinen privaten Mitteln 260 Millionen Rubel angewiesen habe, wird von Trotzki und der Sowjetregierung energisch dementiert.

Der polnische Minister des Aeußern, Skirmunt, kehrt heute von Prag nach Warschau zurück.

Der Dollar wurde heute nach anfänglichen starken Kursschwankungen mit 301 Mark bezahlt.

Der Zusammenbruch der Mark.

Das Spiel mit dem Gedanken einer Finanzkontrolle.

Paris, 7. November. (W. T. B.)

Der Finanzausschuß der Kammer hat ein Exposé des Abgeordneten de Lasteyrie über das Sonderbudget der von Deutschland wieder zu erstattenden Ausgaben entgegengenommen. Der Berichterstatter lenkt die Aufmerksamkeit des Ausschusses auf die fortschreitende Baisse des Markkurses und ihre möglichen Folgen und erklärt, diese Baisse sei zum größten Teil durch die unmäßige Steigerung des Papiergeldumlaufes verursacht. Der Berichterstatter machte ferner nähere Angaben über die Abkommen von London und von Wiesbaden und kommt zu der Schlußfolgerung, es sei notwendig, daß die Alliierten so schnell wie möglich eine strenge Kontrolle der deutschen Finanzen einrichten.

London, 8. November. (W. T. B.)

Die Blätter befassen sich in Telegrammen aus Berlin und in Artikeln mit dem Sturze der Mark. Die „Times" schreiben in ihrem Finanzteil, es bestehe kein Zweifel daran, daß Deutschlands Finanzlage hoffnungslos aus der Kontrolle geraten sei, in einem Leitartikel sagt das Blatt, man behaupte, daß die Reparationen schuld an dem Zusammenbruch der Mark seien, wenn sie auch dazu beitrügen, so seien sie doch nicht der einzige Grund, das durch die Tatsache bewiesen werde, daß, ganz abgesehen von den Reparationen, das deutsche Budget ein Defizit aufweise, für den Augenblick sei es Aufgabe der Alliierten, darauf zu bestehen, daß Deutschland die Zinsraten bezahle, und zuzusehen, daß Deutschland die notwendigen Schritte tue, um die ausländischen Werte zu zahlen, die für die Zahlung erforderlich seien.

„Westminster Gazette" tritt in einem Leitartikel für die Streichung der Reparationen ein, es sei dringend notwendig, daß sich die öffentliche Meinung Geltung verschafft und gegen den Bankerott ein Veto erhebe. Großbritannien habe nichts zu verlieren und alles zu gewinnen, wenn es auf die deutschen Reparationen verzichte.

„Loch im Osten?"

Befürchtungen in Breslau.

Breslau, 7. November. (Stinn.)

Anläßlich der bevorstehenden Wirtschaftsverhandlungen über Oberschlesien hegt man in hiesigen Industriekreisen die Befürchtung, daß Breslau seine bisher überragende Stellung als Stapelplatz für Verkaufsware für Oberschlesien verlieren könnte. Namentlich wird ein Rückgang des sehr bedeutenden Textilgeschäftes befürchtet. Andererseits machen sich aber auch schon bereits Anzeichen dafür bemerkbar, daß, falls nicht Maßnahmen einschneidender Art getroffen werden, das propheszeite „Loch im Osten" zur Wirklichkeit werden wird. Breslau ist zurzeit von Fremden überfüllt. Unter diesen überwiegen, wie seinerzeit in Köln, ganz offensichtlich jene Elemente, die die bevorstehende günstige Konjunktur zu Schiebergeschäften ausnutzen wollen. Die verantwortlichen deutschen Stellen werden gut daran tun, diesem Treiben ihre erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden, damit die deutsche Volkswirtschaft auf diesem Wege nicht neuerdings um Milliarden geschädigt wird.

Briand begrüßt Amerika.

Frankreichs Washingtoner Programm.

New-York, 8. November. (E. E.)

Briand richtete eine Botschaft an das amerikanische Volk, in der er erklärte, daß Frankreich bereit sei, alle Anstrengungen zu machen, um neue Kriege zu verhindern, vorausgesetzt, daß es für seine eigene Sicherheit nicht zu fürchten habe. Frankreich habe durch den Weltkrieg mehr als jedes andere Land gelitten, und es sei bereit, an der Abrüstungskonferenz in einem für die Aufrechterhaltung des Friedens günstigen Geiste mitzuarbeiten.

Reuter meldet, daß Briand zu der Konferenz ohne besondere Instruktionen komme, weil ihm der Senat und die Kammer volle Handelsfreiheit ließen. Frankreich werde aber auf der Konferenz folgende Direktiven berücksichtigen:

1. Frankreich stimmt mit den Vereinigten Staaten der Handelsfreiheit in China zu.
2. Eine Verminderung der Rüstung zur See würde bei Frankreich auf keine Schwierigkeiten stoßen.
3. Hinsichtlich der Stellung Frankreichs gegenüber Deutschland muß Frankreich darauf dringen, daß die Reparationszahlungen weiterhin gesichert bleiben, und dieses Recht ist eng an die Frage geknüpft, wie sich Frankreich seiner Schulden gegenüber Amerika entledigen soll. Wenn also die Konferenz die Frage der interalliierten Schulden erörtern wolle, wäre Frankreich dazu bereit.
4. Die Pflichten Frankreichs gegenüber dem Völkerbund können es nicht verhindern, daß es sich anderen Mächten anschließe, ob diese nun Mitglieder oder Nichtmitglieder des Völkerbunds sind, um die Rüstungen einzuschränken, oder Fragen zu regeln, die dem Völkerbund obliegen.

Die Ziele von Washington.

Vor faulen Kompromissen.

Paris, 8. November. (E. E.)

Ueber die Ziele, die Amerika auf der Abrüstungskonferenz verfolgen wird, berichtet heute der Sonderberichterstatter des „Petit Parisien". Die amerikanische Regierung bemüht sich, unbedingt den Erfolg der Konferenz zu sichern. Eine Besprechung, die Staatssekretär Hughes vor kurzem mit dem japanischen Botschafter in Washington, Shidehara, hatte, erweckt in Amerika starken Optimismus. **Amerika fordert, daß alle geheimen Abmachungen mit China auf der Konferenz erörtert werden.** Es wird Japan in China eine Einflußsphäre zugestanden werden, nämlich in der Südmandschurei und in Ostmongolien unter der Bedingung, daß Japan auf jeden politischen Einfluß und jede militärische Besetzung der Küste im eigentlichen China verzichtet. Soll die Politik der offenen Tür durchgeführt werden, so müssen die Einflußzonen verschwinden. Es soll ein Konsortium gebildet werden, um den Wiederaufbau Chinas zu fördern. Die englisch-japanische Allianz muß aufgelöst werden. Man würde Japan einladen, Wladiwostok und Nordsachalin sowie die anderen von ihm besetzten Punkte zu räumen. Was die Abrüstung anbelangt, so wird Amerika fordern, daß die englischen und amerikanischen Flotten die gleiche Stärke aufweisen. Amerika würde seine Schiffsbauten unter der Bedingung einstellen, daß ihm der Bau von sechs Panzerkreuzern zugestanden werde, um die jetzt bestehenden Lücken in der amerikanischen Marine auszufüllen. Amerika würde darauf verzichten, die Philippinen oder andere Inseln im Stillen Ozean zu befestigen, wenn auch Japan darauf verzichten würde, die ihm benachbarten Besitzungen zu befestigen. **Bezüglich der Abrüstung zu Lande erkennt man in Amerika an, daß eine Verminderung der französischen Rüstungen ohne Garantie**

unmöglich ist. Deshalb scheine man daran zu denken, daß die Konferenz eine gemeinsame Erklärung abgeben solle, um Deutschland zu benachrichtigen, daß es im Falle eines Angriffes gegen Frankreich die ganze zivilisierte Welt gegen sich sehen würde.

Der Berichterstatter des „Petit Parisien" bemerkt dazu, daß diese Formel zu unbestimmt sei und deshalb Widerspruch finde.

Der 9. November, die Länder und das Reich.

Ein Beschluß der Reichsregierung.

Berlin, 8. November. (W. T. B.)

Die Reichsregierung hat für den 9. November angeordnet, daß in Ländern, in denen dieser Tag als gesetzlicher Feiertag anerkannt ist, auch in den Reichsbetrieben auf die Landesgesetzgebung Rücksicht zu nehmen ist. In Ländern, in denen der 9. November nicht als gesetzlicher Feiertag anerkannt ist, wird in den Reichsbetrieben gearbeitet. Wer der Arbeit fernbleibt, hat mit Lohnverlust zu rechnen. Aus geringfügigen Verkürzungen der Arbeitszeit sollen jedoch keine weiteren Folgerungen gezogen werden.

Weimar, 8. November.

In der gestrigen Sitzung des Thüringer Landtags, die sich bis Mitternacht ausdehnte, wurde nach lebhafter Debatte die Regierungsvorlage angenommen, wonach das Reformationsfest als gesetzlicher Feiertag abgeschafft und der 9. November zum gesetzlichen Feiertag erklärt wird. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht die Aufhebung der Bußtage.

Braunschweigs Ex-Herzog klagt.

Um die Jahresrente.

Braunschweig, 8. November. (Ztn.)

Der Prozeß zwischen dem herzoglichen Hause und dem braunschweigischen Staate wird nunmehr doch Wirklichkeit. Bisher hatte man immer noch gehofft, daß sich ein solcher Rechtsstreit vermeiden lassen würde. Da dem Herzog seit der Revolution vom Staate nicht mehr die geringste Zahlung geleistet worden ist, hat er sich zur Klage entschlossen. Die Klageschrift betont die unveränderte Bereitwilligkeit des Herzogs zu einer friedlichen Auseinandersetzung mit dem Lande. Die Geldforderung der Klage geht auf jährlich 400 000 Mark, für die drei Jahre seit der Revolution, zusammen 1 200 000 Mark zuzüglich vier Prozent Zinsverlust. Die weiteren Ansprüche betreffen das Mobiliar des Residenzschlosses. „Alle weiteren Ansprüche behält sich das Herzogshaus noch vor."

Neue Lohnsätze für die Staatsarbeiter.

Entsprechend der neuen Beamtengehaltserhöhung werden auch die Löhne der Staatsarbeiter erhöht werden und zwar sollen die Erhöhungen auch vom 1. Oktober gelten. Es erhalten:

Lohnstufe:	Stundenlohn (bisher):	Durchschnittsjahreseinkommen:
7	7,70 (6,20)	19 200 M.
6	7,80 (6,30)	19 500 „
5	8,00 (6,40)	20 000 „
4	8,20 (6,50)	20 500 „
3	8,50 (6,70)	21 250 „
2	8,70 (6,80)	21 750 „
1	8,90 (6,90)	22 250 „

Die Kinderzulage wird auf 80 Pfennig für alle Altersklassen bis 21 Jahren, soweit nicht die Kinder selbst verdienen, pro Stunde erhöht (jetzt 20 Pfennig). Sie beträgt pro Kind und Monat durchschnittlich 165 Mark.

Franklin-Bouillons Vertrag mit Kemal.

Paris, 7. November. (W. T. B.)

Nach einer Havasmeldung aus London ist dem französischen Botschafter im Augenblick seiner Abreise nach Paris eine Denkschrift überreicht worden über das französisch-türkische Abkommen mit Angora. In dieser ziemlich langen Denkschrift werden eine Reihe von Einwendungen erhoben, deren hauptsächlichste die Befürchtung der englischen Regierung sei, daß das Abkommen gewisse Schwierigkeiten bei der Regelung der Orientfrage hervorrufen werde, namentlich in dem Augenblick, in dem England sich im Einvernehmen mit Frankreich bemühe, den Konflikt zwischen der Türkei und Griechenland zu lösen.

Nach Blättermeldungen kann der französische Botschafter Dover nicht verlassen weil wegen stürmischen Wetters die Reise unmöglich geworden ist.

Die „R. f. H." Der parlamentarische Beirat für die Reichszentrale für Heimatdienst hat sich, wie die Korrespondenz Simon hört, gestern endgültig konstituiert, und zu seinem Vorsitzenden Dr. Pachnicke gewählt. Der Beirat beabsichtigt, eine sehr intensive Tätigkeit zu entfalten und die Aufgabe und die Organisationen der Reichszentrale für Heimatdienst einer gründlichen Beratung zu unterziehen.

„Götz" im Großen Schauspielhaus.

Eugen Klöpfer und Hermine Körner.

Karlheinz Martin hat dem Großen Schauspielhause eine neue Seite abgewonnen. Bisher lag die Stärke aller Aufführungen in der bildhaften Lebendigkeit der Massenszenen oder der Großartigkeit des panoramenhaften Hintergrundes. Auch Goethes „Götz von Berlichingen" ist auf einem großen historischen Hintergrund geschaffen. Das versinkende freie Rittertum sieht seinen Existenzkampf gegen den Hofadel. Aber Goethe hat dieses Relief nur angedeutet. Die Hauptwirkung der Dichtung soll von den Dialogen ausgehen. Das Werk ist ja eine einzige Aneinanderreihung von Zweiszenen: von dem Zusammentreffen Götzens mit dem Bruder Martin bis zu der Turnirszene zwischen Götz und Elisabeth. Die Aufgabe der Regie war: die Dialoge in dem wortmordenden Hause zur vollen Wirkung zu bringen. Das ist gelungen, überraschend und gut gelungen. Mit den einfachsten Mitteln! Die häuslichen Szenen in der Burg Berlichingens, Weislingens Aussprache mit Adelheid, beider Tod und noch viele andere Bilder spielen inmitten der Arena. Nur wenige Requisiten stützen das Bild, alles konzentriert sich auf die Darstellung. Der Raum wird meistens nur durch den Lichtkegel angedeutet, und dennoch (oder auch: dennoch) ist die Wirkung viel unmittelbarer, als wenn sie von der abgeschlossenen Bühne käme. Aber auch wenn die Zweiszenen zwischen Vordergrund und Mitte wechselten, wenn man aus Göpens Burg sogleich an den Hof des Bischofs von Bamberg, ins kaiserliche Lager oder in den kaiserlichen Gerichtssaal versetzt wurde, blieb die Bild- und Wortwirkung die gleiche. Im Hintergrund aber kämpften die Ritter mit den Reichstruppen, toteten die aufständischen Bauern, nächtigte die heilige Fehme und lagerten die Zigeuner am Feuer. Die beiden letzteren Bilder zeigten, wie stark der junge Goethe noch von Shakespeare beeinflußt war. Von einheitlicher Kombination war die Tafelszene am Bamberger Hof.

Eugen Klöpfer war Gottfried von Berlichingen. Blond und reckenhaft, knorrig und gütig. Für diese Stimme reicht der Riesenraum dreimal aus, auch wenn Klöpfer nicht einmal schreit. Sein Organ, gemildert durch ein leichtes Schnäbeln (das andern nicht so gut gelang), kann schneicheln und spielen, aber am herrlichsten ist es, wenn es dröhnt. In der Maske ist jeder Zoll der hünenhafte Recke; ob er dem kaiserlichen Trompeter die klassische Aufforderung zuruft, ob er in der Ratsstube die Gevatter Kupferschmiede und Zimmergesellen wie Geschmeiß davonfegt oder ob er den sengenden Bauern das vernichtende „Ihr Hundel" zubrüllt. Es ist eine Schauspielerleistung von ganz ungewöhnlichem Ausmaße!

Neben ihm muß dann die Adelheid Hermine Körners genannt werden. Diese liebliche Intrigantin, diese politisch-erotische Bestie fand ihre Meisterin in Hermine Körner, die nur selten in den Versuch verfiel, hier Heroine zu sein. Lenonie Duval hatte als Götzens Gattin Elisabeth das hausbacken Derbe, Liselotte Denera ist noch zu zart für die Arena. Raul Lange gab dem Weislingen die ganze Unentschlossenheit. Weichheit und Feigheit dieser Goetheschen Figur. Mehr ist nicht zu verlangen. Als sein Bube Franz zeigte Hans Schweikart bei aller erforderlichen Leidenschaftlichkeit noch zu viel Aufgeblähtheit. Hans Brausewetter kam dagegen der jugendliche Ueberschwang als Georg zustatten. Wilhelm Dieterle (Kerle), Emil Rameau (Kaiser Maximilian) und Karl Wallauer (Bischof von Bamberg) hoben ihre Rollen noch durch achtbares Spiel hervor. Die Aufführung war ein neuer Triumph für das Große Schauspielhaus, und bis hart an die Mitternachtsstunde heran erbrauste die hohe Halle von dankbarem Beifall, der besonders Klöpfer, Hermine Körner und Karlheinz Martin galt.

—e.

Ein Dante-Städtchen. Eine von dem offiziellen Gepränge, das die Begehung des Dante-Jubiläums in Italien beherrschte, in ihrer schlichten Einfachheit angenehme abstechende Gedächtnisfeier fand kürzlich auf dem Marktplatz des kleinen Weinbauerstädtchens Gargagnago statt. Der Ort rühmt sich nämlich besonderer Beziehungen zu dem Dichter, der, wie die Tradition wissen will, als Gast der Scaliger hier eine Zeitlang gelebt habe. Ob diese Ueberlieferung recht hat, ist ungewiß. Es steht indessen geschichtlich fest, daß zwanzig Jahre nach dem Tode des großen Vaters, sein Sohn Pietro hier ein Landgut geworben hat, das sich auf seine Nachkommen forterbte. Im Jahre 1500 ging das Gütchen gleichzeitig mit dem Namen Alighieri durch Heirat auf die Familie der Grafen Serego über. Von zwei Bildern eines Malers aus dem 15. Jahrhundert läßt das eine noch in dem Antlitz der Gnieva Alighieri, die die Gattin des Grafen Serego wurde, die charakteristische Schärfe der Züge Dantes erkennen, während das andere in dem Grafen Serego die ruhige Würde eines Patriziers der alten Zeit verkörperlichte. Das Elepaar Serego-Alighieri begründete eine Nachkommenschaft, die Jahrhunderte lang in Gargagnago ihren Wohnsitz hatte.

Kleiner Konzertbericht. Unter der Leitung Dr. Heinz Ungers spielte das Blüthner-Orchester am Donnerstag ein anspruchsvolles Programm. Der Ballettmusik Mozarts zu „Les petits riens" hätte man gern etwas mehr perlende, spritzende Beschwingtheit, dem Dirigenten eine etwas weniger monströse Technik gewünscht. Das umgebaute D-moll-Konzert Nr. 2 von Bach wirkte in der neuen Fassung für zwei Violinen eigenartig, ob es der herben Schönheit der ursprünglichen Form gleichkommt, sei dahingestellt. Alfred Loserkwin — ein warmer und voller Ton! — und Hanna Schmack, unruhig in der Haltung, echtrhythmisch im Spiel, brachten es zum Vortrag. Dem tubendollen Gott der IV. Mahlerschen Symphonie wohnte so viel Träumerisches und tiefe Verinnerlichkeit inne, daß man für ein anständiges mattes Gelingen entschädigt war. — Eine höhere Leistung war das zweite russische Konzert in der Philharmonie. Die hervorragende und recht sympathische Persönlichkeit des russischen Dirigenten Sergei Kussewitzky, dessen starkes Temperament sich in so angenehmen und wohltuende Formen hüllt, schuf im innigen Verhältnis mit der hochqualifizierten Truppe der Philharmoniker ein eindrucksvolles Bild voll seltsamen Lebens. Mussorgskis „Nacht auf dem kahlen Berge" in dem alle Schauer der Hölle bebten, Strawinskys Fragmente aus „Petruschka" mit bisher hörbarer Balletmusik voll dunkler Winkel und volkstondurchwebter Buntheit, Tschaikowsky und Scriabine — keiner dieser russischen Meister hätte eine sorgfältigere Behandlung erfahren können. Der junge russische Pianist Sirota hatte bei dem Vortrag des D-moll-Konzerts von Tschaikowsky lediglich mit einem unzureichenden Instrument und einem Mangel an innerer Kraft zu kämpfen. Eindrücklicher und erfolgreicher war der Kampf der Saalleitung gegen jene Elemente, die, die Ueberfüllung der Philharmonie benutzend, zur Stundenlang erstandenen Eintrittskarte den Weg des persönlichen Trinkgeldes verziehen, um sich den Genuß eines Konzertes zu verschaffen. Gegen diese für Konzertsäle neue Unsitte verdienen sogar drakonische Maßregeln volle Billigung.

a. k.

Die Offensive gegen die Deutschen Werke.

Wie Militaristen die Arbeitslosigkeit bekämpfen.

Das Vorgehen gegen die sogenannten Deutschen Werke stellt sich als ein neuer Willkürakt des französischen Militarismus dar. Die Initiative war in diesem Falle bei der interalliierten Kontrollkommission. Diese Kontrollkommission hat die Ausführung der Artikel 168 und 169 des Versailler Vertrages zu überwachen, die Frankreich dagegen schützen soll, daß Deutschland sich insgeheim Waffen, Munition und sonstiges Kriegsmaterial schaffe. Man sollte denken, daß dieser Zweck schon jetzt erreicht und geschert wäre, aber es steht uns vielleicht formell nicht zu, darüber mit der geheimen Angst und dem offenen Mißtrauen Frankreichs zu rechten. Die Arbeit der früheren Staats- und Heereswerkstätten in Amberg, Kassel, Dachau, Erfurt, Friedrichsort, Haselhorst bei Tegel, Ingolstadt, Kiel, Lippstadt, München, Rüstringen, Siegburg, Spandau und Wolfgang bei Hanau, die seit dem Mai 1920 in die rein privatwirtschaftlich geleiteten Betriebe der Aktiengesellschaft „Deutsche Werke" zusammengefaßt sind, wird jedoch von der Entente genau kontrolliert und ihre Organe konnten sich täglich und stündlich davon überzeugen, daß soweit nicht die Fabrikation von Jagd- und Sportwaffen und der dazugehörigen Munition in beschränktem Maße ausdrücklich genehmigt war, nur Friedensware hergestellt wurde, wie Handelsschiffe, Fischerboote, Lokomotiven, Eisenbahnwagen, Motorräder, Haushaltsbedarf, Kleinwerkzeug, Maschinenteile, Baustoffe usw. Trotzdem verlangt man jetzt mit einem Male die radikalsten Maßregeln; in Wolfgang z. B. soll das ganze Werk zerstört, die Gebäude bis auf den Erdboden vernichtet, alle elektrischen und Dampfleitungen herausgerissen, selbst die unterirdische Kanalisation zertrümmert werden! Aber auch die übrigen Forderungen sind derart, daß die 40 000 Arbeiter und Angestellten der Deutschen Werke von Entlassung und Arbeitslosigkeit bedroht sind.

Im alten Herrenhause in Berlin haben dieser Tage die Angestellten des Spandauer Werks Protest gegen die Willkür und Barbarei erhoben, und es unterliegt keinem Zweifel, daß die Reichsregierung alles tun wird, was in ihren Kräften steht, um diesen neuen schweren Schlag, der unserem wirtschaftlichen Leben droht, abzuwenden. Aber es ist leider sehr fraglich, ob das mit Erfolg geschehen wird. In der Frage der Dieselmotoren ist es seinerzeit gelungen, die maßgebenden englischen Persönlichkeiten aufzuklären und umzustimmen, dem französischen Zerstörungswillen gegenüber wird die Aufgabe sehr viel schwieriger sein. Denn wenn das Vorgehen gegen die Deutschen Werke überhaupt einen Sinn hat, dann ist es der, auch die friedlichste Arbeit der deutschen Industrie zu zerschlagen, um sie als Wettbewerberin auf den Weltmärkten auszuschalten. Man begnügt sich also nicht damit, uns die Rohstoffe zu nehmen, man will uns auch an der Arbeit hindern. Das ist heller Wahnsinn, der auch dem Geiste des Wiesbadener Abkommens, ja dem ganzen Reparationsgedanken brutal ins Gesicht schlägt. Die Vertreter Englands und Italiens in der Kommission sind augenscheinlich nicht stark genug gewesen, um dieses jeder Rechtsgrundlage entbehrende Vorgehen zu verhindern, man sollte aber meinen, daß auch abgesehen von der Arbeiterschaft, deren Solidaritätsgefühl das bedrohte Personal der Deutschen Werke angerufen hat, der vernünftig und billig denkende Teil des französischen Volkes einsichtig und stark genug sein müßte, um diesen Frevel an der europäischen Gesamtwirtschaft zu verhindern.

Eine neue Asbestkonzession in Rußland. Wie der „New York Herald" aus Petersburg berichtet, hat die Sowjetregierung dem Vertreter der Allied Drug and Chemical Corporation in New York, Dr. Hammer, eine auf 20 Jahre lautende Konzession auf die Asbestbergwerke in Jekaterinenburg gewährt. Die Konzession steht und fällt mit dem Sowjetregime. Die Gesellschaft hat das Recht, den gewonnenen Asbest in Rußland oder im Auslande zu verwerten.

Die Vereinheitlichung der Kriegsopferbewegung. Am Sonntag fand in Weimar eine gemeinsame Reichskonferenz des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, des Einheitsverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener zur Fortsetzung der Verhandlungen über die Verschmelzung beider Verbände statt. Im Verlauf der Verhandlungen wurde in allen Fragen eine restlose Uebereinstimmung zwischen den Vertretern beider Organisationen erzielt. Die endgültige Verschmelzung der beiden Organisationen wird im Januar vollzogen werden, und damit ist dann in der Vereinheitlichung der Kriegsopferbewegung ein entscheidender Schritt vorwärts getan. Die neue Organisation wird eine Mitgliederzahl von mehr als einer Million erreicht.

Die Abrüstungswoche.

Die Quäker an Harding.

Die „Berliner Volkszeitung" erhält die Abschrift eines Schreibens der Quäker an Harding:

„An den

Herrn Präsidenten Harding,
The White House,
Washington, U. S. A.

Das Komitee der amerikanischen und englischen Freunde (Quäker), die in Deutschland arbeiten, möchte dem Herrn Präsidenten und den Mitgliedern der Entwaffnungskonferenz seine Auffassung über die große Wichtigkeit dieser Versammlung, und seinen Wunsch, die Entwaffnungsbewegung durch alle in seiner Macht liegenden Mittel zu unterstützen, bekunden.

Die Arbeit während der letzten zwei Jahre in Deutschland hat in den Fremden die Ueberzeugung nur gestärkt, daß jetzt nicht nur seelische Motive, sondern auch die wirtschaftliche Notwendigkeit das Niederlegen aller Waffen bedingt. **Der augenblickliche Zeitpunkt ist ein besonders günstiger zur Unternehmung eines solchen Schrittes; geschieht das jetzt nicht, so besteht die Möglichkeit, daß die Geschichte der westlichen Zivilisation ein grausames Ende findet. Die Lage einer Nation ohne Armee, die von sich militärisch ständig vergrößernden Mächten umgeben ist, ist unhaltbar und kann nicht von langer Dauer sein.** Daher besteht die dringende Notwendigkeit für ein sofortiges Vorgehen in der angemessenen Richtung. Wir sind uns der Schwierigkeiten bewußt, die einer allgemeinen Entwaffnung im Wege stehen, doch haben wir die Ueberzeugung, daß unser 250jähriges Bestehen als eine Gesellschaft, die es früher und auch noch jetzt für möglich hält, ein Leben auf Grund des christlichen Grundsatzes der unbewaffneten Liebe und des guten Willens zu führen, uns Erfahrungen gegeben hat, die zu dieser verhängnisvollen Zeit Ausdruck finden sollten. Wir hoffen, daß lähmende Furcht einem Vertrauen zueinander Platz machen und dadurch das Reich Gottes auf Erden näherbringen wird.

gez. Francis R. Bacon,
Vorsitzender des Quäkerausschusses
in Deutschland."

*

Die am 4. November stattgefundene öffentliche Versammlung der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit (Zweigstelle Berlin) zur Abrüstungsfrage im überfüllten Bürgersaale des Berliner Rathauses brachte die einstimmige Annahme folgender Resolution, die dem Reichskanzler übermittelt wurde: „Die anwesenden Frauen und Männer Berlins erklären einmütig und bringen es ihrer Regierung zur Kenntnis, daß sie die allgemeine Abrüstung bzw. Rüstungsminderung nicht als letztes Ziel, sondern als einen ersten Schritt zu neuen Kulturbedingungen betrachten. Der dauernde Völkerfriede muß durch versöhnlichen Geist, durch wirtschaftliche Grundlagen, durch internationale Rechtszustände gewährleistet werden. Die Versammlung fordert einstimmig: „Nie wieder Krieg".

Der Hader um Schantung.

Eine chinesische Note.

Paris, 7. November. (W. T. B.)

Nach einer Havasmeldung aus Peking besagt die chinesische Antwort auf die japanische Denkschrift über die Schantungfrage, daß China den Versailler Vertrag nicht unterzeichnet habe und infolgedessen auch seine auf Schantung bezüglichen Bestimmungen nicht anerkennen könne. Das angebliche Verlangen Chinas nach Verhandlungen gehe nur auf eine unrichtige Auslegung einer privaten Unterredung zurück. Die Note erklärt, Japan habe diesem Falle eine falsche Deutung gegeben im Zusammenhang mit der Erklärung des deutschen Vertreters, daß Deutschland zu seinem Bedauern China nicht Klautschou zurückerstatten könne. Das bedeute keineswegs eine Anerkennung des Versailler Vertrages durch China. China habe einfach die deutsche Erklärung angenommen, wie sie war. Die Antwortnote bestreitet, daß die Reparationskommission das Recht habe, das Kapital und den Besitzstand der fraglichen Eisenbahn auf das Konto der deutschen Entschädigung zu setzen. Schließlich wird die baldige Zurückziehung der japanischen Truppen aus Schantung gefordert.

„Pünktlichkeit ist eine Zier . . ."

„Die alten Leser der Berliner Volkszeitung können sowas auch . . ."

Zu unserer Stockholmer Uebersetzung im Sonntagsblatt schreibt uns einer der ältesten Leser unserer Zeitung folgenden Brief.

Die Redaktion.

„Zu der Notiz „Pünktlichkeit ist eine Zier", die Sie in der Sonntagsausgabe brachten, teile ich Ihnen mit, daß ich denselben Fall in noch pünktlicherer Zeit vorgemacht habe, denn meine drei ersten Kinder sind geboren: der erste Junge am 15. Dezember 1898, der zweite Junge am 15. Dezemb er 1899 und das dritte Kind, eine Tochter, am 15. Dezember 1900, also alle Jahr eins am 15. Dezember, was ich durch Geburtsurkunden beweisen kann. Somit haben uns die Stockholmer nichts vorgemacht. Die alten Abonnenten der „Volkszeitung" können so was auch!"

Groß-Berlin

Der Mord an der Kohlenhändlerin Richter.

Die Vernehmung des Täters. — Eine Eifersuchtstat?

Der Mord an der Kohlenhändlerin Richter in Neukölln ist durch ein weiteres Geständnis des Täters, des Arbeiters Kapotny, jetzt völlig aufgeklärt. Bei seiner gestrigen Vernehmung gab er an, daß er Frau Richter in sehr großer Aufregung aufgesucht habe, weil diese ihn am Donnerstag versetzt hatte. Als er sie am Sonnabend nachmittag aufgesucht habe, habe sie ihm erklärt, daß sie nichts mehr von ihm wissen wolle, sie habe einen Mann, den sie in nächster Zeit heiraten wolle. Als sie dann noch erklärte, daß dieser ihr einen Fünfzigmarkschein geschenkt habe, sei er noch erregter geworden und habe versucht, ihr das Geld zu entreißen und es zu vernichten, weil er es als Sündengeld betrachte. Frau Richter habe sich jedoch gewehrt und ihn so heftig von sich gestoßen, daß er gegen den Ofen geflogen sei. Er wisse jetzt nicht mehr, was sich weiter abgespielt habe. Er weiß nur, daß er sie mit den Beilen niedergeschlagen habe. Geld will er nicht an sich genommen haben. Er hält es jedoch nicht für ausgeschlossen, daß er die Brieftasche der Frau Richter genommen und ins Feuer geworfen habe. Als er gesehen habe, was er angerichtet habe, habe er sich neben der Leiche auf eine Bank gesetzt und heftig geweint. Den Kohlenplatz habe er durch einen anderen Ausgang verlassen und zunächst ein Schankloka besucht. Dort habe er sich nur kurze Zeit aufgehalten, und einem Zwange folgend, sei er in die Wohnung der Frau Richter gegangen und habe dort mit deren Tochter gesprochen. Von dort aus habe er sich an den Tatort begeben, wo er sich unter die draußen stehende Menge mischte und durch seine sonderbaren Fragen die Aufmerksamkeit der Polizei auf sich richtete. Als er dies gemerkt habe, sei er davongelaufen, aber eingeholt und verhaftet worden.

Technikertagung in Kottbus.

Uns wird geschrieben:

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten hielt am 5. und 6. November in Kottbus seinen diesjährigen ordentlichen Gautag für den Gaubezirk Brandenburg ab. Dem Geschäftsbericht des Gauleiters Scholz war zu entnehmen, daß das Bedürfnis nach gewerkschaftlichem Zusammenschluß auch in den Reihen der Ingenieure und Techniker immer deutlicher hervortritt, eine Tatsache, die durch die Entwicklung des Mitgliederbestandes bestätigt werde. Vertreten waren insgesamt 102 Ortsverwaltungen sowie die Hospitantengruppen, in denen die Studierenden an den technischen Lehranstalten zusammengefaßt sind.

Im Vordergrunde der Verhandlungen standen Erörterungen über Verfassungsfragen des Bundes, über die Aufhäuser referierte. Der Referent vertrat den Standpunkt, daß unter Zugrundelegung des zentralistischen Systems die Satzungen des Bundes soviel Elastizität aufweisen müßten, die es gestattet, den außerordentlich veränderten Wirtschaftsverhältnissen Rechnung zu tragen. Dem aus ehrenamtlichen und beamteten Mitgliedern bestehenden Hauptvorstand muß es möglich sein, im gegebenen Augenblick weittragende Entschlüsse zu fassen, um seiner Aufgabe, die darin besteht, für die Sicherstellung der wirtschaftlichen Existenz der technischen Berufsstände einzutreten, gerecht werden zu können. Aufhäuser betonte weiter die Notwendigkeit, den Kernpunkt der Verfassung, der eine Umstellung des heutigen Wirtschaftssystems als einzige Möglichkeit für die Sicherstellung der wirtschaftlichen Existenz der Gesamtheit der Arbeitnehmer bezeichnet, klar herauszuarbeiten. Die gegenwärtig geradezu katastrophale wirtschaftliche Entwicklung verlange gebieterisch, daß die Gesamtmitgliedschaft mehr wie bisher hierauf eingestellt werde.

In der anschließenden Diskussion zeigte sich, wie gerade der Techniker den außerordentlich komplizierten Wirtschaftsvorgängen ein außergewöhnlich großes Maß von Verständnis und Sachkenntnis entgegenbringt, so daß es eigentlich verwunderlich erscheinen muß, daß dem Techniker in den Verwaltungskörperschaften usw. immer noch nicht der Platz eingeräumt wird, auf den er unbestritten den größten Anspruch hat. Nach der Wahl des Gauvorstandes bestätigten die Delegierten den bisherigen Gauleiter Scholz.

10 Minuten Demonstration bei der Hochbahn. Der Betriebsrat der Hochbahngesellschaft hat verlangt, daß morgen der Verkehr der Hochbahn auf zehn Minuten ruhen soll, und zwar von 3,15 bis 3,25 Uhr nachmittags. Es handelt sich also um eine kurze Unterbrechung der Fahrt. Sollte es hierbei vorkommen, daß einzelne Züge nicht in die Bahnhöfe einfahren können und daher auf der Strecke stehen bleiben müssen, so dürfen die Fahrgäste wegen der damit verbundenen Lebensgefahr unter keinen Umständen den Wagen verlassen. — Wenn wir uns gegen den Beschluß des Betriebsrates wenden, so geschieht dies nicht in der Absicht, daß wir uns gegen ein an sich berechtigtes demonstratives Bekenntnis zur Republik wenden. Wir halten es nur für verkehrt, daß die Arbeiter eines einzelnen Verkehrsunternehmens gerade in der Zeit des stärksten Nachmittagsverkehrs auf sehr Minuten den Betrieb stillegen. Wenn schon nach westeuropäischem Muster demonstriert werden sollte, so hätte dieser Beschluß von den Arbeitnehmerorganisationen für ganz Deutschland gefaßt werden müssen und nur etwa eine oder zwei Minuten dauern dürfen. Dann wäre die Aktion eine wirkungsvolle Demonstration für die Republik gewesen.

Tarifverhandlungen in der Berliner Textilindustrie. Der Norddeutsche Textilarbeitgeberverband schreibt uns: „Bei den Verhandlungen über Abschluß eines neuen Tarifvertrages für die Angestellten und Werkmeister der Textilindustrie in Berlin und Nowawes haben die Arbeitgeber ab 1. Oktober 1921 für die Färbereien und chemischen Waschanstalten Zulagen von 17½ Prozent bis 22½ Prozent auf das Septembertarifgehalt angeboten, für die übrigen Textilbetriebe Zulagen von 32½ Prozent bis 35 Prozent. Die Angestelltenverbände haben zu diesem Angebot noch nicht endgültig Stellung genommen."

Der Konflikt zwischen Portiers und Hausbesitzern. Der Deutsche Portierverband schreibt uns: „Seit Monaten stehen die Portiers und Hausreiniger in Verhandlungen mit den Haus- und Grundbesitzern. Am 3. Oktober ist endlich vom Schlichtungsausschuß ein Spruch gefällt, der zwar den Wünschen und Forderungen der Berufskollegen nicht Rechnung trägt, der aber, wenn auch unter Protest, in den beschließenden Versammlungen angenommen wurde. Die Haus- und Grundbesitzer haben den Schiedsspruch abgelehnt, sie behaupten, aus Mangel an Mitteln nicht zahlen zu können. Sie wären durch die Wohnungszwangswirtschaft nicht in der Lage, irgendwelche Zugeständnisse machen zu können. Am 9. November wird nun endlich vom Demobilmachungskommissar eingegriffen, da vom Deutschen Portierverband die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches beantragt ist. In der Hand des Kommissars liegt es also, den Frieden zu erhalten, andernfalls ein Kampf von ungeheurer Schärfe heraufbeschworen würde. Der Deutsche Portierverband hat bereits in einem Aufruf an die gesamte Arbeiterschaft um Solidarität ersucht, falls es zum Kampfe kommen sollte."

Opfer der Räuber. Von Straßenräubern wurde in der vergangenen Nacht der Fräser Franz Schöps aus der Gottschalkstraße zu Pankow ausgeplündert. An der Ecke der Brunzlauer und Soldiner Straße wurde er überfallen und beraubt. Die unbekannt entkommenen Täter nahmen ihm seinen Ueberzieher und sein bares Geld, 300 Mark. Der Gesamtschaden des Beraubten beläuft sich auf 2000 Mark. — Im Eisenbahnzug wurde ein Händler Nikolaus S. aus Saarbrücken um 240 000 Mark beraubt. Der Mann war nach Deutsch-Krone gefahren, um dort Kartoffeln aufzukaufen. Nach Erledigung seiner Geschäfte wollte er nach Neu-Stettin fahren, wo er ebenfalls zu tun hatte. Auf der Fahrt von Deutsch-Krone nach Berlin stieg er in Schneidemühl aus, besuchte den Wartesaal und trank am Büfett eine Limonade. Dann stieg er wieder in sein Abteil vierter Klasse, in dem er bald einschlief. Als er auf dem Schlesischen Bahnhof ankam, entdeckte er, daß ihm die Brieftasche mit 240 000 Mark weggenommen worden war. Als verdächtige Täter kommen fünf junge Burschen in Frage, die ihm auf dem Bahnhof in Schneidemühl schon in auffälliger Weise gefolgt waren. Auf die Wiederherbeischaffung des Geldes ist eine hohe Belohnung ausgesetzt. Mitteilungen sind an Kriminalkommissar Dr. Riemann im Polizeipräsidium, Zimmer 34, zu richten.

Die Innere Mission Beratungsstelle der Staatsanwaltschaft?

Beginn der Zeugenvernehmung im „Reigen"-Prozeß. — Das Gutachten eines „Frommen".

Die „Freikarten" des Polizeipräsidiums.

Nach eintägiger Unterbrechung wurde heute vor der 6. Strafkammer des Landgerichts III die Verhandlung gegen Frau Gertrud Cybolt, Direktor Stadek und die 11 Bühnenmitglieder fortgesetzt. Die Verhandlung hat auch heute wieder zahlreiche Zuhörer angelockt.

Landgerichtsdirektor Brennhausen eröffnete die Sitzung mit einiger Verspätung, da der Angeklagte, Regisseur Reusch, nicht zur Terminstunde erschienen ist. Rechtsanwalt Wolfgang Heine teilte mit, daß der Rechtsanwalt Redmond aus der Verteidigung ausgeschieden ist. Von dem Vorsitzenden werden mehrere Schreiben einer Zeugin u. a. der Frau Tritsch, N. d. R., zur Verlesung gebracht, in denen diese mitteilt, daß sie nicht zum Terminerscheinen können. Der Zeuge Rudolf Lebius hat an das Gericht einen Brief geriichtet, in dem er mitteilt, daß er der Separatvorstellung des „Reigen" am Sonntag nicht beigewohnt habe, da er es nicht über sich habe bringen können, sich etwas Derartiges noch einmal anzusehen. Als Sachverständiger ist ferner noch der Präsident des Bühnenvereins, Edler von Putlitz, geladen und erschienen.

Hierauf wird

die Zeugenvernehmung

fortgesetzt. Der Sanitätsrat Dr. Peiser hat die „Reigen"-Aufführung am Sonntag zum ersten Male gesehen. Der Zeuge hat das Buch Schnitzlers seinerzeit gelesen und nicht für möglich gehalten, daß das Stück aufgeführt werden könnte. Er sei durch die Aufführung überrascht durch das feine künstlerische Herausarbeiten der einzelnen Handlungen. Als Arzt und Vater sei er bestrebt, sexuelle Dinge mit größter Offenheit zu behandeln, um aufklärend und warnend zu wirken. **Nur auf den könne die Aufführung unsittlich wirken, der etwas hineinlege oder herausliest,** genau so wie es Menschen gebe, die aus der **Bibel** einzelne Stellen herausliesen.

Der praktische Arzt Dr. Kröner-Charlottenburg bekundet als Zeuge, daß er bei „Reigen" für ein reines Kunstwerk halte und daß er kein sittliches Aergernis genommen habe. Das Stück hält sich weder auf der Ebene des Kitsches noch auf der der Pornographie. Vorsitzender: Sind auf der Bühne nach Ihrer Meinung unzüchtige Handlungen vorgekommen? Zeuge: Nein. Ich halte den Text für degent und auch die Schauspieler haben im Rahmen dieses Textes durchaus degent gespielt.

Zeuge Direktor Steinweg, **Direktor des Zentralausschusses für innere Mission,** bekundet: Wir haben s. Zt. von der **Staatsanwaltschaft** eine Anfrage erhalten (!!), ob der „Reigen" noch nach dem 22. Juli aufgeführt worden sei, und **welche Stellung wir dazu einnehmen.** Ich hatte bis dahin den „Reigen" nicht gesehen und bin deshalb mit dem Rechtsanwalt Biermann in die Vorstellung gegangen. Ich habe im Theater sofort (!!) den Eindruck gehabt, daß etwas Anstößiges, Aergernis Erregendes vorgeführt werde. Ich kann sagen, daß ich an jeder Szene Anstoß genommen habe; insbesondere wurde durch die fünfte Szene das Gefühl dieser Kreise auf das tiefste verletzt. Diese ethisch völlig indifferente Behandlung gewisser Dinge mußte Anstoß und Aergernis erregen. Wenn ich das sage, so muß ich darauf hinweisen, daß wir uns in einem Zustande sittlicher Verrohung des Volkssempfindens befinden, und durch solche Stücke wird die Atmosphäre noch mehr vergiftet und eine Verstärkung der sittlichen Dekadenz unserer Zeit herbeigeführt. Ich habe mich gefragt, ob die künstlerische Darstellung einen gewissen Gegenwert darstellt. Ich gebe offen zu, daß die künstlerische Darstellung sich durchaus im Rahmen des Inhalts des Stücks hielt und man sehr wohl einzelne Szenen viel gröber hätte wiedergeben können. — Vors.: Haben Sie einen Unterschied in der Aufführung, die Sie zuerst gesehen und der am Sonntag bemerkt? — Zeuge: Nein. Ich habe nur an mir selbst gemerkt, daß die Wiederholung in mir noch größeres inneres Widerstreben hervorrief. Die künstlerische Darstellung schaffte allerdings einige Milderung. Wer Gift ist Gift, ob es aus dem Kristallbecher des Kristallers oder aus dem Blechbecher des Klempners kommt. Mir ist es auch heute noch unverständlich, wie man ein ethisch so indifferentes Werk moralisch zu drapieren versuchen kann bzw. es mit einer moralischen Tendenz zu umkleiden versucht. Ich verstehe auch nicht, wie man das Stück allgemein als abschreckend bezeichnen kann, insbesondere bei sittlich unreifen Menschen. — Vors.: Welche Handlungen halten Sie als besonders unzüchtig? — Zeuge: Die ziemlich unverhüllte Darstellung des Geschlechtsaktes, der sich in sämtlichen Szenen findet. Ich halte deshalb alle Szenen für unzüchtig. Es ist ein großer Unterschied, ob gewisse Vorgänge, die sich somit zwischen zwei Menschen im Alleinsein abspielen, im Kreise ernster Menschen erörtert werden, oder wie es hier der Fall ist, in ziemlicher Oeffentlichkeit und Realität allgemein auf der Bühne dargestellt worden. Gerade diese niedrige Form des Geschlechtsverkehrs, wie sie im „Reigen" eine Rolle spielt, diese gemeine Art des Verkehrs ohne jede sittliche Tiefe ist es, die ich vor einem zum Teil aus unreifen Menschen bestehenden Publikum als unsittlich bezeichnen muß. Staatsanwalt v. Bradke: Haben Sie an einzelnen Stellen des Stückes nicht ein, wie Sie es nennen, **lüsternes Lachen und Kichern** gehört? — Zeuge: Jawohl. — Staatsanwalt: Haben Sie nicht die Empfindung gehabt, daß die betreffenden aus Freude an niedrigen Instinkten kicherten, daß man auf der Bühne auch niedrige Dinge zu sehen bekommt? — Zeuge: Jawohl, das war mein Eindruck.

Rechtsanwalt Wolfgang Heine: Es scheint mir schwer, in einem dunklen Theaterraum erkennen zu können, ob jemand „lüstern" lacht oder aus Freude an dem im Stück ständig zutage tretenden Humor. Sie sagen, daß das Stück in seiner Weise abschreckend gewirkt habe. Ist Ihnen vielleicht klar geworden, daß der ethische Gedanke, der in dem Stück liegt, auch etwas anderes sein kann, als der abschreckende Wirkung? Haben Sie sich schon gefragt, weshalb das Stück „Reigen" heißt? — Zeuge: Weil ein gewisser **erotischer Rhythmus** durch das ganze Stück geht. — Rechtsanwalt Heine: Haben Sie nicht das Empfinden gehabt, daß sich durch das Stück ein melancholischer Gedanke über die Nichtigkeit dieses gewöhnlichen Geschlechtslebens hindurchzieht und daß dieses Treiben ein Zirkel ist, der unrichtig herausführt? Ist Ihnen nicht der melancholische leidende Humor aufgefallen, der über dem ganzen liegt, und daß das der künstlerische Sinn des ganzen Stückes ist? — Zeuge: Nein, das ist mir nicht klar geworden. Ich habe nur den Eindruck der völligen ethischen Indifferenz.

Rechtsanwalt Dr. Rosenberger: Ist vorher **in Ihren Kreisen** über das Stück gesprochen worden, was daran anstößig ist usw.? — Zeuge: Die Sache ist damals ausführlich besprochen worden. — Rechtsanwalt Dr. Rosenberger: Sie haben selbst gesagt, daß **die Staatsanwaltschaft den Anstoß** gegeben hat, sich das Stück anzusehen? — Zeuge: Ich bin aber nicht im Auftrage meiner Organisation, sondern aus eigener Initiative hingegangen. — Rechtsanwalt Dr. Rosenberger: Haben Sie die Eintrittskarten **selbst gekauft?** — Zeuge: **Nein.**

Sie waren vom Polizeipräsidium besorgt

worden. — Rechtsanwalt Dr. Rosenberger: Wer hat Ihnen die Karten gegeben? — Zeuge: **Herr Professor Brunner!** (Bewegung.) — Rechtsanwalt Dr. Rosenberger: Es handelt sich also um **ein wohlorganisiertes Aergernisnehmen.** Die Verteidigung spielt hier mit offenen Karten und spricht es offen aus: Wir werden jeden Zeugen danach fragen, ob sich hier **Professor Brunner als Organisator und Inspirator dieses Systems vorher bestellten Aergernisnehmens** betätigt hat. — Rechtsanwalt Wolfgang Heine: **Die Staatsanwaltschaft hat an 22 Organisationen die Anfrage gerichtet, ob sie Anstoß nehmen.**

Als Zeugin wird hierauf die **Generalsekretärin der „Deutschen Bahnhofsmission",** Fräulein Reined, vernommen, die ebenfalls den „Reigen" zweimal gesehen hat. Die Zeugin bekundet: Mein Beruf zeigt mir stets die großen Gefahren, die die naturalistische Lebensanschauung mit sich bringt. Ich bin zum ersten Male auf meine Kosten in die Vorstellung gegangen, und ich kann nur sagen, daß mein sittliches Empfinden von Anfang bis Ende durch dieses Stück auf das tiefste gekränkt wurde. Vorsitzender: Haben Sie auch durch unsittliche Gesten oder die Kleidung der Schauspielerinnen Anstoß genommen? Zeugin: Nein.

Auf verschiedene Fragen erklärt Zeugin schließlich noch, daß sie die Gesehene als eine Profanierung bezeichnen müsse und schließt mit der Erklärung, daß sie nie glauben werde, daß sie nie glauben werde, daß eine derartige Darstellung das Schlechten und Gemeinen zum Guten erziehen kann.

Einsturz eines Kirchturms.

Eine Folge des Sturmes — Fünf Kinder getötet.

Düren, (Rhld.), 8. November.

Wie die „Dürener Zeitung" schreibt, ist am Sonntag gegen 4 Uhr infolge des furchtbaren Sturmes in Elsdorf der Turm der Pfarrkirche eingestürzt. Der Turm schlug auf das Mittelschiff und den Chor und begrub zwölf Mädchen unter sich, die nach Beendigung der Andacht wegen des heftigen Regens noch zurückgeblieben waren. Fünf konnten nur als Leichen geborgen werden, während die anderen mit mehr oder minder schweren Verletzungen davonkamen.

Hamburg, 8. November.

Der orkanartige Sturm riß das im Fährhafen von Burg (Fehmarn) liegende Fährschiff los und entführte es in den Fehmarnsund, wo die hochgehenden Wellen es auf holsteinischer Seite 200 Meter weit auf den Strand warfen. Bei fallendem Wasser war keine Möglichkeit, das Schiff frei zu bekommen, so daß Fehmarn ohne Fährverbindung mit dem Festlande ist.

Der Winzergarten wartet in diesem Monat wieder mit einem reichhaltigen Programm auf. Die Radaunummer, der Porzellanzertrümmerungsakt von Baggesen, hat nun wegen ihrer Wirksamkeit in den Spielplan des neuen Monats übernommen. Alles freut sich darüber, wie Baggesen mit der größten Gemütsruhe Teller und anderes Porzellan zerschlägt. — Die Akrobaten Riegel leisten ebenso schwierige wie saubere Arbeit. — Geschwister Birkeneder balancieren mit verblüffender Sicherheit, eher wohl Tollkühnheit über das Turmseil. — Der urkomische Jongleur Morello bringt auf eigene Weise das Publikum zum Lachen. — Ein großes Kontingent der einzelnen Programmnummern wird durch längerische Darbietungen ausgefüllt. — Da dominieren in diesem Monat die Tänzer Laczi und Nenni, von der ehemaligen königlichen Oper in Budapest. Ihre Tänze zeigen Temperament, Schwung und Wille zur Vollendung. Ueberkroffen wird ihr reifes Können jedoch noch durch zwei Tanznummern, die uns Else Grube von der Staatsoper schenkt. — In diesem Rahmen bewegt sich mit Erfolg das abgestimmte Paar Lieffowitz und Radahn und Lobedo zu erwähnen ist noch Rafof mit seinem ausgezeichneten russischen Chor.

Devisen	8. 11. Geld	8. 11. Brief	7. 11. Geld	7. 11. Brief	Devisen	8. 11. Geld	8. 11. Brief	7. 11. Geld	7. 11. Brief
Holland Gld.	105894	106106	104800	105100	Ungar. K.	26ᵊ	26ᵊ	26ᵊ	27ᵊ
dänemark. Kronen			1348ᵊ	1358ᵊ	Tsch. Sl. K.	324ᵊ	325ᵊ	340ᵊ	330ᵊ
Kronen			6553ᵊ	6606ᵊ	Spanien Pes.			4145ᵊ	4154ᵊ
Norwegen K.	4280ᵊ	4295ᵊ	4085ᵊ	4104ᵊ	Amerika $			280ᵊ	282ᵊ
Schweiz. Fr.	889ᵊ	896ᵊ	864ᵊ	865ᵊ	Belgien Fr.			2067ᵊ	2073ᵊ
Schweiz Fr.			5684ᵊ	5705ᵊ	England £			1128ᵊ	1131ᵊ
Argentin. Pes.			91ᵊ	92ᵊ	Frankr. Fr.			2187ᵊ	2202ᵊ
Ot. Jesi Kr	829	862	849	847	Italien. Lire			1248ᵊ	1251ᵊ

Morgen voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgegend. Ein wenig kälter, zeitweise heiter, jedoch überwiegend bewölkt und etwas nebelig bei größtenteils schwachen, nördlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge.

Sperre für Kunstdünger. Wiederholten Anträgen des Ernährungsministers nachgebend, hat der Verkehrsminister die Verladung von künstlichen Düngemitteln wiederum für den 9. und 11. November gesperrt.

Arbeitsgemeinschaft demokratischer Frauen Südwest. Zwanglose Zusammenkunft am Mittwoch 9. November, 7½ Uhr, in der Konditorei Burkhardt, Berlin SW., am Belle-Alliance-Platz 4. Dr. Margarete Edelheim spricht über das Thema: „Zur Neuregelung des Familienrechts." Gäste willkommen.